Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 63 (2013)

Heft: 3

Artikel: Volksschuhe und Volkstücher zu Volkspreisen. Zur Bewirtschaftung lederner und textiler Bedarfsartikel im Ersten Weltkrieg in der Schweiz

Autor: Wild, Roman

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-358025

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Volksschuhe und Volkstücher zu Volkspreisen. Zur Bewirtschaftung lederner und textiler Bedarfsartikel im Ersten Weltkrieg in der Schweiz

Roman Wild

Summary

This article discusses a previously unknown aspect of the Swiss economy in WW I. In 1917, a shortage of goods, inflation, and usury made it impossible to supply the Swiss population with everyday consumer products such as shoes and clothes in sufficient quantities. Thus, «People's Shoes» were initiated and marketed at the behest of the Federal Department of Economic Affairs. Initially intended as price guidelines for materials, they also served business, social, and consumer policy purposes. Despite negative public reaction to the People's Shoes, in 1919, the Federal Department of Economic Affairs mandated and commissioned a second people's product: the «People's Cloth». The article provides new insight into the relationship between state and economy as well as into the operating of communal enterprises during WW I.

Die Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges steht in einem Spannungsfeld, welches von zwei Narrativen abgesteckt wird. *Zum einen* folgt das Gros der vorgelegten historischen Studien einem in seinen Grundzügen von Jacob Ruchti am Ende der 1920er Jahre ausgearbeiteten Narrativ.[1] Ruchti zufolge hatte sich ab 1917 infolge von Teuerung, der sich schwieriger gestaltenden wirtschaftlichen Versorgungslage und der ungenü-

1 Konrad Kuhn, Béatrice Ziegler, «Dominantes Narrativ und drängende Forschungsfragen – Zur Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg», in: *Traverse* 18 (2011), Nr. 3, S. 123–141; Jacob Ruchti, *Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914–1919. Politisch, wirtschaftlich und kulturell,* Bern 1928–1930.

Roman Wild, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich, Rämistrasse 64, CH–8001 Zürich, roman.wild@uzh.ch

genden behördlichen Vorsorge eine soziale Zerreissprobe eingestellt. *Zum anderen* haben Roman Rossfeld und Tobias Straumann jüngst herausgearbeitet, dass die Schweizer Exportunternehmen im Ersten Weltkrieg insgesamt gut gewirtschaftet und teilweise sogar überdurchschnittlich hohe Gewinne erzielt hatten.[2] Die politische Neutralität diente vielen Unternehmen dazu, alle Fronten zu beliefern und neue Märkte zu erschliessen. Wo sich die beiden Narrative berühren und überformen, bleibt allerdings ungeklärt. In der Kritik Konrad Kuhns und Béatrice Zieglers ist es «nach wie vor unklar, wie die konstatierte soziale Not und Teuerung in Verbindung gebracht werden kann mit Kriegskonjunktur und Unternehmensgewinnen».[3] Ziel des vorliegenden Artikels ist es deshalb, dieses Spannungsfeld auszuleuchten und die gegenseitigen Bedingtheiten, Wechsel- und Rückwirkungen herauszuarbeiten. Methodisch ist hierbei die kulturhistorisch erweiterte Wirtschaftsgeschichtsschreibung hilfreich, empirisch bieten sogenannte «Volksprodukte» wertvolles Anschauungsmaterial.[4] Bei den mit dem Epitheton «Volk» ausgezeichneten Produkten handelt es sich um gemeinwirtschaftliche Erzeugnisse, die sich durch niedrige Preise, hohe Qualitätsansprüche sowie einen gesellschaftlichen respektive volkswirtschaftlichen Zusatznutzen auszeichnen.[5] Weniger die Fragen nach nachgelagertem Absatz und Konsum als nach vorgelagerter Initiierung und Planung sind von Interesse, ereigneten sich diese doch an der konfliktträchtigen Schnittstelle von Behörden, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Für das 20. Jahrhundert hat die Forschung verschiedene Volksprodukte dokumentiert,[6] die hier

2 Roman Rossfeld, Tobias Straumann (Hg.), Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008.

3 K. Kuhn, B. Ziegler, *op. cit.*, S. 134.

4 Kenneth Lipartito, «Culture and the practice of business history», in: *Business and Economic History* 24 (1995), Nr. 2, S. 1–41; Hansjörg Siegenthaler, «Geschichte und Ökonomie nach der kulturalistischen Wende», in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), Nr. 2, S. 276–301; Hartmut Berghoff, Jakob Vogel, «Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Ansätze zur Bergung transdisziplinärer Synergiepotentiale», in: Dies. (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels,* Frankfurt a.M. 2004, S. 9–41; Susanne Hilger, Achim Landwehr, «Zur Einführung. Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Stationen einer Annäherung», in: Dies. (Hg.), *Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven,* Stuttgart 2011, S. 7–26; Per H. Hansen, «Business history. A cultural and narrative approach», in: *Business History Review* 86 (2012), S. 693–717.

5 Zur Geschichte und theoretischen Grundlegung des schillernden «Gemeinwirtschaftlichkeit»-Begriffs in der Schweiz siehe André Kirchhofer, *Stets zu Diensten – gezwungenermassen! Die Schweizer Bahnen und ihre «Gemeinwirtschaftlichkeit»* für Staat, Wirtschaft und Bevölkerung, Basel 2010, S. 59–133.

6 Am meisten Aufmerksamkeit hat die nationalsozialistische Volksproduktefamilie erfahren. Vornehmlich in den Jahren 1933/34 wurden auf Geheiss verschiedener Ämter und NS-Organisationen Radioempfänger, Personenkraftwagen und Kühlschränke entwickelt, wobei die Liste der geplanten diejenige der tatsächlich realisierten Produkte-

um sogenannte «Volksschuhe» und «Volkstücher» ergänzt werden sollen, die ab 1917 zu «Volkspreisen» in die schweizerische Kriegswirtschaft eingespeist wurden.[7] Der erste Abschnitt des vorliegenden Artikels zeichnet die Geschichte kriegsbedingter Teuerung und des Warenwuchers nach. Im zweiten Abschnitt werden die Auswirkungen für die Schuhbewirtschaftung und die gemeinwirtschaftliche Volksschuh-Aktion dargestellt. Im dritten Abschnitt soll der Nachweis erbracht werden, dass diese Aktion neben dem Zusatznutzen der Teuerungs- und Wucherbekämpfung weitere Ziele anvisierte. Im vierten Abschnitt werden schliesslich die behördlichen 'Lehren' problematisiert, die in der Volkstuch-Aktion und in der sogenannten «eidgenössischen Kompensationspolitik» der Jahre 1919/20 zum Tragen kamen.

Preissteigerungen und ihre Ursachenforschung

Chronologisch waren Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Volksschuhen denjenigen der Volkstücher um ein gutes Jahr vorangegangen, beide standen sie aber im Zeichen der kriegswirtschaftlichen Sorge um wachsende Teuerung und zunehmenden Wucher. Unter Teuerung wird das Ansteigen des allgemeinen Preisniveaus verstanden, wobei es, wie die breite und hier nur skizzenhaft wiedergegebene Forschung zusammengetragen hat,[8] angebots- und nachfrageseitige Ursachen anzuführen

gruppen deutlich übertraf. Der Zusatz «Volk» beinhaltete neben einer ideologischen auch eine kommerzielle Komponente. Unternehmen suchten mit diesem Verweis die Nachfrage nach Nähmaschinen, Staubsaugern, Plattenspielern, Motorrädern und anderem mehr so lange zu befeuern, bis der Staat dies verbot. Vgl. Wolfgang König, *Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. «Volksprodukte» im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft,* Paderborn 2004.

7 Die Volksschuh- respektive Volkstuch-Aktion wurde von einem Interessengeflecht getragen. Die für die vorliegende Zusammenschau notwendigen und weitgehend unbearbeiteten Quellenbestände entstammen dem Schweizerischen Bundesarchiv, Bern (BAR), Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich (SOZARCH), Schweizerischen Wirtschaftsarchiv, Basel (SWA) sowie der BALLYANA-Stiftung, Schönenwerd (BALLYANA).

8 Einen fundierten Überblick geben Roman Rossfeld, Tobias Straumann, «Zwischen den Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung», in: Dies. (Hg.), *Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg,* Zürich 2008, S. 11–62, hier vor allem die auf S. 41–44 verzeichnete Literatur. Von den spezifischen Untersuchungen sind hervorzuheben Jean-Jacques Senglet, *Die Preispolitik der Schweiz während des ersten Weltkrieges. Historisch-systematische Untersuchung unter Heranziehung von Vergleichsmaterial des zweiten Weltkrieges,* Bern 1950, und Daniel Burkhard, *«Die Milchpreisteuerung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges». Die öffentlich geführten Milchpreisdiskussionen 1916–1918 im Vorfeld des Landesstreiks* (unveröffentlichte Masterarbeit der Universität Bern), Bern 2012. Nicht ergiebig ist dagegen Maurice Cottier, *Geschichte der wirtschaftlichen Landesversorgung. Seit Gründung des Bundesstaates,* Bern 2011.

gilt. Teuerung war nicht nur ein multikausales, sondern auch ein zeitlich variables Phänomen. Die im Juni 1916 in Paris tagende interalliierte Wirtschaftskonferenz markierte eine Intensivierung des gegen die Zentralmächte gerichteten Wirtschaftskrieges, in dessen Verlauf die Versorgungslage von neutralen Staaten immer prekärer wurde. Warenknappheit stellte sich aufgrund der Produktionsumstellungen von Zivil- auf Rüstungsgüter und infolge eines generellen Exportrückgangs ein. Der von Deutschland nach 1917 uneingeschränkt geführte U-Boot-Krieg sowie Ein-, Durch- und Ausfuhrsperren trieben die Transport- und Versicherungskosten in die Höhe, die direkt auf die Warenpreise umgeschlagen wurden. Ein nicht unerheblicher Anteil der Teuerung ist zudem der von der Schweizerischen Nationalbank verantworteten Geldpolitik zuzuschreiben. Die Schuldenfinanzierung sowie der Entscheid, trotz erhöhter kurzfristiger Diskontkredite den Zinssatz auf einem Niveau von 4,5 Prozent zu belassen, hatten ab 1916 inflationäre Tendenzen zur Folge.

Die Preisaufschläge wurden zu einem – wenn nicht vielleicht dem wichtigsten – innenpolitischen Traktandum. Breite Bevölkerungsschichten gerieten in Not, im Juni 1918 waren beispielsweise knapp 700 000 Personen notstandsberechtigt. Lohnabhängige, in Städten und Industriebezirken wohnhafte Arbeiter und Angestellte spürten die geschwundene Kaufkraft am deutlichsten, deren Reallohnverlust bis 1918 trotz Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen mit durchschnittlich 25 bis 30 Prozent beziffert werden kann. Die Preisaufschläge auf Rohstoffen (Kohle und Eisen), Grundnahrungsmitteln (Brot und Milch), Wohnungsmieten und ledernen wie textilen Bedarfsartikeln (Schuhe und Kleidung) bargen besonders grosses Konfliktpotential. Weniger die Messung als die Analyse der Teuerungsursachen bereitete dabei Schwierigkeiten. Die kommunalen, kantonalen und bundesstaatlichen Behörden hatten nicht mit einem mehrjährigen Wirtschaftskrieg gerechnet und gingen erst am Ende des Jahres 1917 zu systematischen Interventionen über. Dabei machte das Eidgenössische Brotamt den Anfang, indem es Erhebungen und Beschlagnahmungen durchführte und Höchstpreise erliess – allein der Hunger blieb. Zu den Behörden gesellten sich gemeinnützige Organisationen und *pressure groups* wie etwa der Verband schweizerischer Konsumvereine, die schweizerische Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung oder der Schweizerische Städteverband, die den versorgungspolitischen Problemdruck zur eigenen Profilierung nutzten. Sie gelangten mit Eingaben an die Behörden und konstruierten Preisindices auf Monatsbasis, die sie in Mitteilungs- und Tagesblättern zu publizieren anfingen. Um die Entpolitisierung und Objektivierung der Teuerungsfrage war das Bundesamt für Statistik erst im Jahr 1922 bemüht, als es den

Landesindex der Konsumentenpreise zu erheben begann und gleichzeitig auf das Jahr 1914 zurückrechnete.[9]

Teuerung war in der öffentlichen Wahrnehmung untrennbar mit Wucher verknüpft. «Wohl kaum ein anderes Wirtschaftsproblem hat während des Krieges ein gleiches allgemeines Interesse gefunden, wie das des Kriegswuchers»[10], unterstrich Arthur Buchholz die Relevanz seiner 1920 vorgelegten Dissertation zur kriegswirtschaftlichen Spielart des Wuchers.[11] Was preispolitisch als 'gerecht', 'verhältnismässig' und 'angemessen' erachtet wurde, war jeweils das Resultat eines komplexen Aushandlungsprozesses. Kriegswucher war dabei in ein ausdifferenziertes und weitestgehend negativ besetztes Wortfeld eingebettet.[12] «Wucherer», «Gelegenheitshandel», «Warenaufspeicherung», «Sammler», «Exportschmuggel», «Kettenhandel», «Schieber», «Disqualifikanten», «Fabrikations- und Konjunkturgewinn» sind zu nennen, zieht man einen von Gottlieb Bachmann, Professor für Handelswissenschaften an der Universität Zürich, gehaltenen Vortrag im Jahr 1917 heran.[13] Ausgehend vom Bundesbeschluss vom 3. August 1914 und den auf den 10. August 1914 respektive 18. April 1916 datierenden Beschlüssen betreffend die *Verordnung gegen die Verteuerung von Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen* wurde eine strittige[14] notstandsrechtliche Grundlage erlassen. Zu präzisieren ist an dieser Stelle,

9 Dazu Stefan Barmettler, *Der Landesindex der Konsumentenpreise als Ausdruck sozialer Verständigung im Zeitalter des Ersten Weltkrieges* (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit der Universität Zürich), Zürich 1985, sowie Jakob Tanner, «Der Tatsachenblick auf die 'reale Wirklichkeit'. Zur Entwicklung der Sozial- und Konsumstatistik in der Schweiz», in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 45 (1995), S. 94–108.

10 Arthur Buchholz, *Der Kriegswucher,* Anklam 1920, S. 5. Das deutsche Regulativ gegen den Kriegswucher diente gemäss J.-J. Senglet, *op. cit.*, S. 64 den schweizerischen Behörden als Vorbild.

11 Dieser besitzt seinerseits eine lange Geschichte und kann auf die von Thomas von Aquin entwickelten Lehrsätze zum *iustum pretium* zurückgeführt werden. Vgl. Mathias Schmoeckel, Matthias Maetschke, *Rechtsgeschichte der Wirtschaft. Seit dem 19. Jahrhundert,* Tübingen 2008, S. 26–31.

12 Allein der Schweizerische Städteverband wagte sich rückblickend als «Kriegsgewinner im guten Sinne des Wortes» zu bezeichnen. Gustav von Schulthess, *Die Erfahrungen des Städteverbandes während der Kriegszeit und Probleme der Zukunft. Referat gehalten am Städtetag 1919 in Basel,* Zürich 1919, hier S. 1. Zu deutschsprachigen Neuschöpfungen im ökonomischen Wortfeld siehe William E. Collinson, «German 'War-Words'», in: *The Modern Language Review* 14 (1919), Nr. 1, S. 87–93, hier S. 92f.

13 O.A., «Zur Lage. Wucherer und Schieber», in: *NZZ,* 5.10.1917, Nr. 1856.

14 Der Rechtsanwalt Thalberg liess kein gutes Haar am Gesetzestext: «Diese Verordnung ist uns allen ja zur Genüge bekannt. Aber je mehr man sie studiert, umso mehr erkennt man ihre absoluteste Unzulänglichkeit und um so mehr wird man überzeugt, dass speziell im vorliegenden Falle mit dieser Verordnung die Anklage nicht gestützt werden kann.» Michael Thalberg, *Verteidigungsrede im Strafprozess gegen Sigmund & Berthold Bloch betreffend Kriegswucher vor dem Strafgericht von Basel-Stadt, gehalten am 7. Mai 1918,* Basel 1918, hier S. 12.

dass die Produzenten von den Wucherbeschlüssen ausgenommen waren. Während des gesamten Ersten Weltkrieges blieb die Frage ungelöst, wie und vor allem wo die Grenzlinie der Bewucherung qualitativ und quantitativ zu ziehen sei. Die schweizerische Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung gestand ihr Unvermögen in einem Kommentar zur Verordnung von 1914 unumwunden ein: «Sie ist im Grunde gut. Aber wir vermissen eines: Der Bundesrat hätte Anleitung geben sollen zur Feststellung des Wuchers.»[15] Zur Klärung wurden wiederholt kantonale Gerichte und das Bundesgericht angerufen, so dass erst die Schaffung einer Zentralstelle für alle Wucheruntersuchungen den richterlichen Ermessensspielraum einzugrenzen versprach.[16] Die Einsicht reifte, dass theoretische Kenntnisse von und praktische Einsichten in Betriebsführung, Warenkalkulation und Bilanzierungstechnik von Produktions- und Handelsunternehmen vonnöten waren, diese aber wie Geschäftsgeheimnisse geschützt wurden. Das marktförmige Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage wartete mit zusätzlichen Unklarheiten auf.

Nicht obwohl, sondern gerade weil Kriegswucher diffus und ohne eingehende Analyse von Geschäftsbüchern und Marktmechanismen nicht zu bestimmen war, geriet er zu einem Allgemeinplatz. «Nun ist aber die grosse Menge des Volkes immer geneigt, jede Teuerung als Wucher zu bezeichnen, ohne Rücksicht auf die Umstände, durch welche sie verursacht worden ist.»[17] Diese wiederum von Buchholz stammende Beobachtung findet im humoristisch-politischen Wochenblatt *Nebelspalter* seine Bestätigung.[18] Wucherer, Schieber und Kriegsgewinner waren in den *Nebelspalter*-Ausgaben in einer kaum überblickbaren Vielzahl und Vielgestalt präsent. Dieser pauschal an die Produzenten, Händler und Behörden gerichtete Vorwurf des Kriegswuchers lässt sich vielleicht mit der Tatsache erklären, dass er für viele Sozialphilosophien und Stereotypen anschlussfähig war. In einer sozialistischen Lesart war Kriegs-

15 O.A., «Zur Kriegslage», in: *Korrespondenz-Blatt der schweizerischen Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung* 1 (1914), Nr. 6.

16 J.-J. Senglet, *op. cit.*, S. 69–71.

17 A. Buchholz, *op. cit.*, S. 5f.

18 In den Worten von Georg Kreis, «Zwischen Mangel und Überfluss. Das Versorgungsproblem der Jahre 1939–1942 aus der Sicht des 'Nebelspalter'», in: Ders. (Hg.), *Erinnern und Verarbeiten. Zur Schweiz in den Jahren 1933–1945,* Basel 2004, S. 119–140, hier S. 120 sind Karikaturen eine Quellengattung, in der die «Alltagsrealität», das heisst eine «Realität zweiten Grades», aufscheint. Nicht repräsentativ ist allerdings der Sonderdruck *Nebelpalter (Hg.), Nebelspalter-Album. Caricaturen betr. den Weltkrieg*, Zürich 1918, weil darin die Heimatfront ausgespart wird. Eine Nutzung des Wochenblatts empfiehlt sich vor allem ab dem Jahr 2014, in dem die Schweizerische Nationalbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Nebelspalter-Verlag die vollständige Digitalisierung (Zugriff: http://retro.seals.ch/digbib/home) abgeschlossen haben wird. Es ist mit etwa 140 000 digitalisierten Seiten zu rechnen.

wucher die fortgesetzte Ausbeutung der Arbeiterklasse, wie sie für die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung charakteristisch sei; in einer christlich geprägten Wahrnehmung war wucherische Übervorteilung symptomatisch für eine Welt, in der christliche Gebote und Verbote keine Geltungskraft mehr zu besitzen schienen; dazu wurde Bewucherung in einer zeitgenössisch antisemitischen Lesart aber auch mit dem Geschäftsgebaren jüdischer Händler gleichgesetzt.[19]

Schuhmangel und Schuhteuerung

Der Teuerungs- und der Wucherdiskurs verschränkte sich im Ersten Weltkrieg in einem ledernen Bedarfsartikel: dem Schuh. Dass es diesen Artikel traf, ist durch zwei voneinander unabhängig auftretende und die Behörden im Sommer 1917 zum Eingreifen veranlassende Begebenheiten zu erklären. *Erstens* trat die Armee auf dem schweizerischen Schuhmarkt erstmals als Nachfrager im grossen Stil auf.[20] Auf die gesamte Kriegszeit hochgerechnet wurden insgesamt etwa eine Million Paar Marschschuhe, 160 000 Paar Bergschuhe und 16 000 Paar Kavalleriestiefel erworben. Mit Schuhwerk hatte sich die Armee zuvor lediglich bei der Ausarbeitung von Ausrüstungsreglementen beschäftigt, wobei sie eine Standardisierung und Subventionierung des Schuhwerks anstrebte. Bis 1916 war das Schuhwerk von den Rekruten und Wehrmännern privat zu stellen gewesen und befand sich, so hatte die Mobilisierungserfahrung des deutsch-französischen Krieges gelehrt, in oftmals beklagenswertem Zustand. Bis zu 20 Prozent der Soldaten waren 'fusslahm' und unterminierten die Marschfähigkeit der Infanterie. Im April 1916 rüstete die Armee deshalb die Rekruten mit Marschschuhen aus, wobei sie, aufgeschreckt durch den hohen Schuhverschleiss, auch Ersatzschuhe an die Truppen abzugeben begann. Das aus dem Ausland importierte strapazierfähige Boden- und Sohlleder war fortan eine knappe Ressource, die es im Rahmen der Sicherung der Lederversorgung des

19 Aaron Kamis-Müller, *Antisemitismus in der Schweiz, 1900–1930*, Zürich 1990, hier insbesondere Kapitel 7.5 «Die Juden und die Geschäftswelt». Auf die Frage übersetzter Schuhpreise angesprochen, meinte der St. Galler Schuhdetaillist Lüthi: «Wenn übrigens im Schuhdetailhandel grosse Gewinne gemacht werden könnten, so würden sich gewiss auch die Semiten damit befassen. Dass gegenwärtig im Schuhhandel keine Juden zu finden seien, sei ein Beweis dafür, dass die Konkurrenz schon für die richtigen Preise sorge.» BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Schuhe, Protokoll «Sitzung betreffend Preisabbau für Schuhe», 29.8.1919.

20 Marco Arni, *Es drückt der Schuh. Die Fussbekleidungsfrage in der Schweizer Armee 1850–1918*, Bern 2010, S. 42–46; o.A., «Der Militärschuh», in: *Der Fourier* 41 (1968), Nr. 10, S. 359–362.

Landes zu gewährleisten galt.[21] Nebenbei bildeten die Beamten der Kriegstechnischen Abteilung des Militärdepartements ein schuhspezifisches Teuerungsbewusstsein aus.

Zweitens waren mit zunehmender Dauer des Krieges Personen zu beobachten, die den Schuh als Mittel des symbolischen Protests einsetzten. Schuhen wohnt eine reiche Symbolik und Metaphorik inne, wie Redewendungen, Erzählungen, Märchen und graphische Darstellungen aus den unterschiedlichsten Zeiten und Kulturkreisen anzeigen.[22] Wirkmächtig waren Schuhe speziell im Moment ihrer augenfälligen Absenz. Unbeschuhtes Gehen geriet in Würzburg, Wien, Köln, Strassburg, Breslau, Warschau und anderen Städten zu einer Protestform, die Robert Blobaum im Aufsatz *Going barefoot in Warsaw during the First World War* untersucht hat.[23] Am Beispiel der Zeitungsberichterstattung weist er nach, dass die in bürgerlicher, aber schuhloser Bekleidung auftretenden Personen und Gruppen die ihnen gewisse Aufmerksamkeit zu nutzen suchten. Dabei erreichten nicht alle intendierten Botschaften die Warschauer Bevölkerung, Journalisten und Kommentatoren hefteten der 'Barfussliga' eigene Deutungen an. Übereinstimmend wurde unbeschuhtes Gehen aber als Anklage gegen kriegsbedingte Missstände wie Warenverknappung, Teuerung und ungleich verteilte Konsummöglichkeiten gedeutet. Ausserdem wurde das Barfussgehen mit wucherischen Handelsmargen und Preisaufschlägen in Verbindung gebracht, die jüdischen Geschäftsleuten angelastet wurden.[24]

21 Zum Problem der Lederbeschaffung und -bewirtschaftung siehe Paul Zahner, *Die Leder- und Schuhversorgung der Schweiz von 1914–1920. Darstellung und Kritik,* Zürich 1922, S. 37–114. Zu den Rohstoffen im Allgemeinen ist Gustav A. Frey, *Die Rohstoffversorgung der Schweiz während des Krieges, besonders in der Textil- und Metallindustrie,* Aarau 1921, aufschlussreich.

22 Michael Andritzky (Hg.), Z.B. Schuhe. Vom blossen Fuss zum Stöckelschuh – eine Kulturgeschichte der Fussbekleidung, Giessen 1988; Giorgio Riello, Peter McNeil (Hg.), *Shoes. A history from sandals to sneakers,* Oxford 2006; Edna Nahshon (Hg.), *Jews and shoes,* Oxford 2008; Geoffrey Batchen, *Van Goghs Schuhe. Ein Streitgespräch,* Leipzig 2009; Anne Sudrow, *Der Schuh im Nationalsozialismus. Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich,* Göttingen 2010; *Paragrana. Internationale Zeitschrift für Historische Anthropologie* 21 (2012), Nr. 1, Schwerpunktheft Fuss – Spuren des Menschen.

23 Robert Blobaum, «Going barefoot in Warsaw during the First World War», in: *East European Politics and Societies and Cultures* 27 (2013), Nr. 2, S. 187–204.

24 R. Blobaum, *op. cit.*, S. 199. Des Weiteren wurden durch das Barfussgehen symbolische Opfer der Heimatfront zuhanden der im Stellungskrieg befindlichen Soldaten inszeniert, Skepsis gegen die urbane Moderne sowie Veränderungen im bürgerlichen Geschlechtermodell geäussert. Die schweizerische Rezeption dieser Barfussmode – hier sei ein Beispiel aus dem *Nebelspalter* erwähnt – betont dagegen stärker das in Bewegung geratene Frauenbild: A. Treichler, «O, diese Frauen!», in: *Nebelspalter* 43 (1917), Nr. 39.

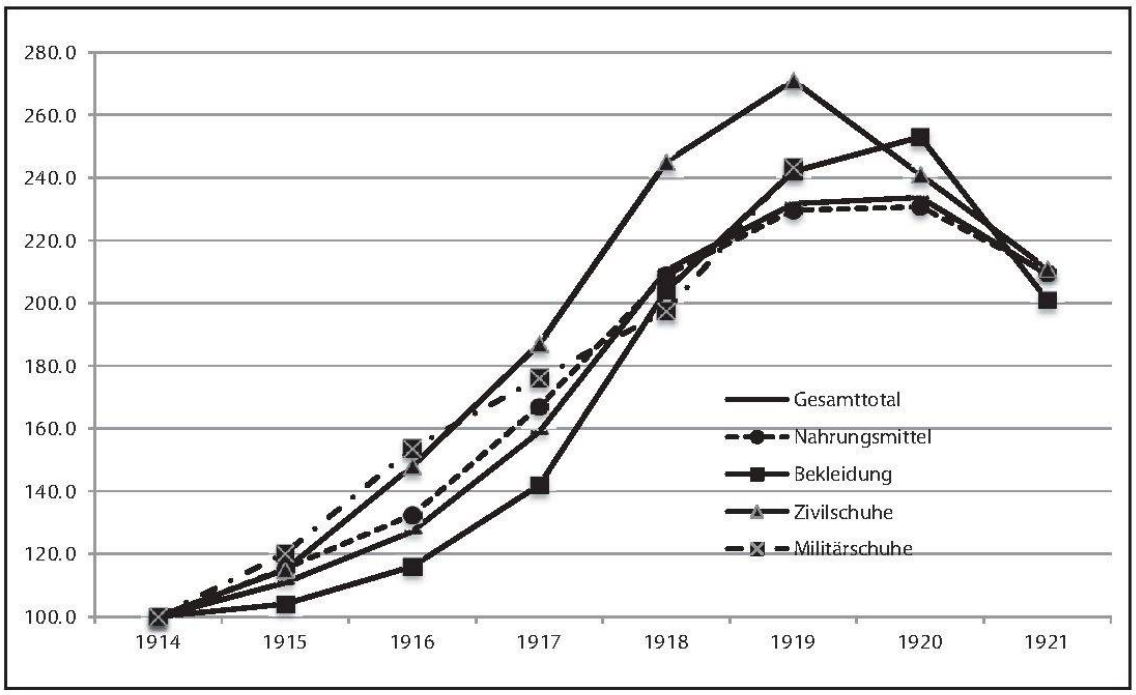

Abbildung 1. Konsumentenpreisindex nach Bedarfsgruppen 1914–1921 (1914 = 100).[25]

Im Sommer 1917 war dann der Zeitpunkt gekommen, an dem in der Schweiz breite Bevölkerungsschichten ihren Schuhbedarf nicht mehr zu decken vermochten. Statistiker machten 1914 für eine «Normalfamilie aus dem Mittelstand» mit drei Kindern Auslagen von 139 Schweizer Franken geltend.[26] Wie der Abbildung 1 zu entnehmen ist, schlugen die allgemeinen Lebenshaltungskosten bis zum Sommer 1917 um 80 Indexpunkte auf, und die Preise für Schuhe hatten sich seit 1914 verdoppelt. Bis dahin hielten sich viele Konsumenten beim Kauf neuer Schuhe zurück und trugen die alten Schuhe[27] aus. Während die Hoffnungen auf ein

25 «Tabelle, H.18. Index der Konsumentenpreise nach Bedarfsgruppen 1890–1921 (1914 = 100)», in: Patrick Kammerer, Margrit Müller, Jakob Tanner u.a. (Hg.), *historical statistics of Switzerland online,* 29.6.2013, http://www.fsw.uzh.ch; M. Arni, *op. cit.*, S. 45.

26 BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Schuhe, «Zusammenstellung des Verbrauchs an Schuhen für eine Normalfamilie» nach Major Hans Mühlemann, 27.9.1919.

27 Bei der Konstruktion des Landesindex für Konsumentenpreise erwiesen sich die technischen Fragen als die kniffligsten. Welche Waren und Dienstleistungen im Warenkorb abgebildet werden sollten, war begründungsbedürftig. Auf die Ebene der Symbolik und des Vertrauens machte Hans Freudiger, Chef des statistischen Bureaus der Stadt Bern, aufmerksam. Als technischer Sachverständiger an die mit der Konstruktion betraute Indexkonferenz berufen, machte sich Freudiger für die statistische Abbildung von Schuhreparaturen und Kleidern stark. Auf Erstere pochte er wegen ihres symbolischen Gehalts; sie seien gerade in der Wahrnehmung der tieferen Einkommensbezüger eine

nahendes Kriegsende und den Abbau der kriegswirtschaftlichen Einschränkungen endgültig verflogen waren, trieben die erwarteten Ersatz- und Vorratskäufe die Preise in die Höhe. Vor diesem Hintergrund machte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement von der Machtfülle Gebrauch, die durch das Vollmachtenregime des Bundesrats abgesichert war. Das vom freisinnigen Bundesrat Edmund Schulthess geleitete Departement begründete dies mit «von allen Seiten zugehenden Klagen über die hohen Schuhpreise». Dem um sich greifenden Gerücht, Schuhe würden «allgemein mit unerlaubt hohen und wucherischen Gewinnzuschlägen verkauft», wollte die Behörde entschieden entgegentreten, nicht zuletzt aus der Befürchtung heraus, dass Inaktivität mit Tolerierung verwechselt werden könnte.[28] Unter Einbezug der organisierten Interessen der Gerber, Schuhmacher, Schuhindustriellen und Schuhdetaillisten sowie der Delegierten von Konsumvereinen und Arbeiterschaft und nach konfliktreichen Verhandlungen beschloss das Volkswirtschaftsdepartement die Entwicklung eines Volksschuhs. In die Leitung und Kontrolle des Volksschuhbureaus waren zu Anfang noch die Abteilung für Landwirtschaft und das Militärdepartement eingebunden. Eine tragfähige organisatorische Grundlage wurde im Frühjahr 1918 geschaffen, als die Volksschuh-Zentrale AG mit Sitz in Olten gegründet wurde.[29] An deren Aktienkapital beteiligten sich die Schuhgrossisten mit 1 000 000 Schweizer Franken. Unkostenstellen sollten ausgemerzt, Gewinne vermieden und allfällige Überschüsse dem Bund zugeführt werden. Die Volksschuh-Zentrale AG gab bei 23 schweizerischen Schuhfabriken drei Kontingente à 100 000 Volksschuhen aus Spalt-, Beau-Ciré- oder Boxcalf-Leder in Auftrag. Im Sinne einer Typisierung wurden zwei Modelle für Kinder, Töchter, Knaben, Frauen und Männer entwickelt. Versuchsweise wollte die Zentrale mit 20 000 aus Holz gefertigten Volksschuhen auch die Toleranz von Verbrauchern gegenüber Ledersubstituten testen. Die Volksschuhe würden sich, so wurde in Anzeigen und Broschüren unermüdlich hervorgehoben, durch praktische und gefällige Formen auszeichnen und «zu möglichst billigen Preisen (sog. Volkspreisen)»[30] abgegeben werden. In puncto Vertrieb wurden 3000 Schuhgeschäfte angegangen, von denen sich allerdings nur

«Vertrauenssache». Letztere erachtete er aufgrund makroökonomischer Überlegungen als wichtig. Vgl. S. Barmettler, *op. cit.*, S. 104f.

28 Hans Mühlemann, «Sektion Lederindustrie. Die Lederversorgung des Landes während des Weltkrieges», in: Schweiz. Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft (Hg.), *Die Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft des eidgenössischen Volkswirtschafts-Departementes, 1917–1919,* Bd. 1, Bern 1920, S. 185–200, hier S. 190.

29 SWA, H+I Bb 16, Bericht über die Volksschuh-Zentrale AG (Schuhhandel), Olten 1920.

30 H. Mühlemann, *op. cit.*, S. 191.

900 zur Übernahme der Volksschuhe gewillt zeigten. Im Februar 1918 wurden die ersten Exemplare ausgeliefert, blieben in den Verkaufsstellen aber häufig liegen. Nach den Waffenstillstandserklärungen brach die Nachfrage schliesslich vollständig ein, weshalb das dritte, für den Januar 1919 vorgesehene Volksschuhkontingent zurückgezogen wurde. In den darauffolgenden Wochen wurde die Volksschuh-Zentrale AG liquidiert.

Der Volksschuh und seine Anwendungsfelder

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob dem Volksschuh – trotz des offensichtlichen Misserfolgs in den Verkaufsstellen – Erfolg bescheinigt wurde und ob die behördlicherseits unternommene Teuerungs- und Wucherbekämpfung Konsequenzen zeitigte. Im Rechenschaftsbericht der Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements wurden diese beiden Fragen bejaht: «Der Volksschuh, der in erster Linie nicht als Notstandsschuh, sondern als Preismesser und Preisregulator geschaffen worden ist, hat seinen Zweck in der Hauptsache erfüllt.»[31] Mit dieser positiven Würdigung stand das Volkswirtschaftsdepartement ziemlich alleine da. Kritik kam vonseiten Direktbeteiligter wie Eduard Bally, Verwaltungsratspräsident der C.F. Bally AG und bis 1917 aktiver Nationalrat. In seinen persönlichen Aufzeichnungen hielt er fest: «Aus dem Umstand, dass sich die Volksschuhe nicht verkaufen, geht hervor, dass sich der Bund eben nicht zur Führung einer Industrie eignet, denn in diesem Falle haben ihm doch die Industriellen ihre Erfahrungen zur Verfügung gestellt und die Sache redlich unterstützt.»[32] Paul Zahner, der die kriegswirtschaftliche Leder- und Schuhversorgung in kritischer Absicht in einer Dissertation aufgearbeitet hat, bewertete die Preiswirksamkeit des Volksschuhs als gering bis inexistent.[33] Der sich an Zahners Darstellung anlehnende Wirtschaftshistoriker Traugott Geering kommentierte die Volksschuh-Aktion wie folgt: «Allerdings ein kostspieliges, echt kriegswirtschaftlich 'grosszügiges' Experiment, wie so vieles andre, was in jenen Jahren kriegsgeschäftigen Treibens im Schweizerlande in guter Meinung angekurbelt wurde!»[34] Von den in den 1920er Jahren geschaffenen Organen der Preisüberwachung setzte es rückblickend ebenfalls

31 H. Mühlemann, *op. cit.*, S. 194.
32 BALLYANA, Eduard Bally, «Bd. 1: Geschichte C.F. Bally AG, Bd. 2: Statistische Tabellen», Schönenwerd 1921, hier Bd. 1, S. 1094 (auf CD-ROM).
33 P. Zahner, *op. cit.*, S. 129–131.
34 Traugott Geering, *Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges*, Basel 1928, S. 779.

Kritik ab. Alfred Schönbein, seines Zeichens Chefbeamter der Eidgenössischen Preiskontrollstelle, würdigte den Ersten Weltkrieg zwar als Auftakt der Preisüberwachung; in einem Beitrag aus dem Jahr 1944 diente der abgebildete Konsumentenpreisindex für Schuhe der Jahre 1914 bis 1921 allerdings als Kontrastfolie, vor der sich die im Zweiten Weltkrieg unternommenen Regulierungen positiv abhoben.[35]

Wichtig zu sehen sind in diesem Zusammenhang zwei Aspekte: *Erstens* wurde in den Kommissionssitzungen der Volksschuh-Zentrale AG erbittert um die Funktionsbestimmung des Volksschuhs gerungen. Mit der zitierten Funktion eines Preisregulators respektive Preismessers wurde der Marktkontrolle letztlich der Vorzug gegenüber der Notstandsbehebung eingeräumt. Es geschah dies ohne systematische oder gar wirtschaftswissenschaftliche Fundierung. Vielmehr war der Volksschuh ein angesichts des vielschichtigen Problemdrucks lanciertes Experiment.[36] Unter einem quantitativen Gesichtspunkt waren die in Produktion gegangenen Volksschuhe zu gering, als dass sie das Marktgefüge von Angebot und Nachfrage in Bewegung hätten setzen können. Ausserdem war ein Absinken des Preises wenig plausibel, da der Volksschuh preiswert, aber keinesfalls billig ausfiel. Als geradezu unorthodox ist die Funktion eines Preismessers[37] zu bewerten. Hierdurch sollten die Schuhverbraucher aktiv in die Marktkontrolle mit einbezogen werden. Mit Hilfe des dinglich fassbaren und mit einer Marke ausgezeichneten Volksschuhs sollte die Markttransparenz erhöht werden. Im Abgleich mit der Preiskurve des Volksschuhs sollte der wachsame Konsument ein Urteil über die Schuhe im Einzelnen und den Schuhmarkt im Allgemeinen fällen können. Mit anderen Worten leistete das Volkswirtschaftsdepartement Beihilfe bei der Identifikation und Anklage überzogener Preise und gedachte dadurch das dem Kriegswucher inhärente Mobilisierungspotential nutzbar zu machen.

35 Alfred Schönbein, «Preisüberwachung in der Schweiz», in: Placidius Maissen (Hg.), *Querschnitt durch die Schweizerische Schuhwirtschaft,* Zürich 1944, S. 48–50.

36 Den immensen preispolitischen Erfahrungs- und Wissenszuwachs betont auch J.-J. Senglet, *op. cit.*, S. 7f.

37 Vergleichbar ist der Preismesser im weitesten Sinne mit dem sogenannten «Richtpreis». Dabei handelt es sich um ein Preismass, das von Amtsstellen oder Interessenvereinigungen als angemessen festgelegt wurde, im Falle der Abweichung jedoch keine direkte Strafverfolgung nach sich zog. Richtpreise kamen bei denjenigen Waren zur Anwendung, die sich infolge saisonaler oder regionaler Schwankungen einer Höchstpreisverordnung entzogen. J.-J. Senglet, *op. cit.,* S. 128–132.

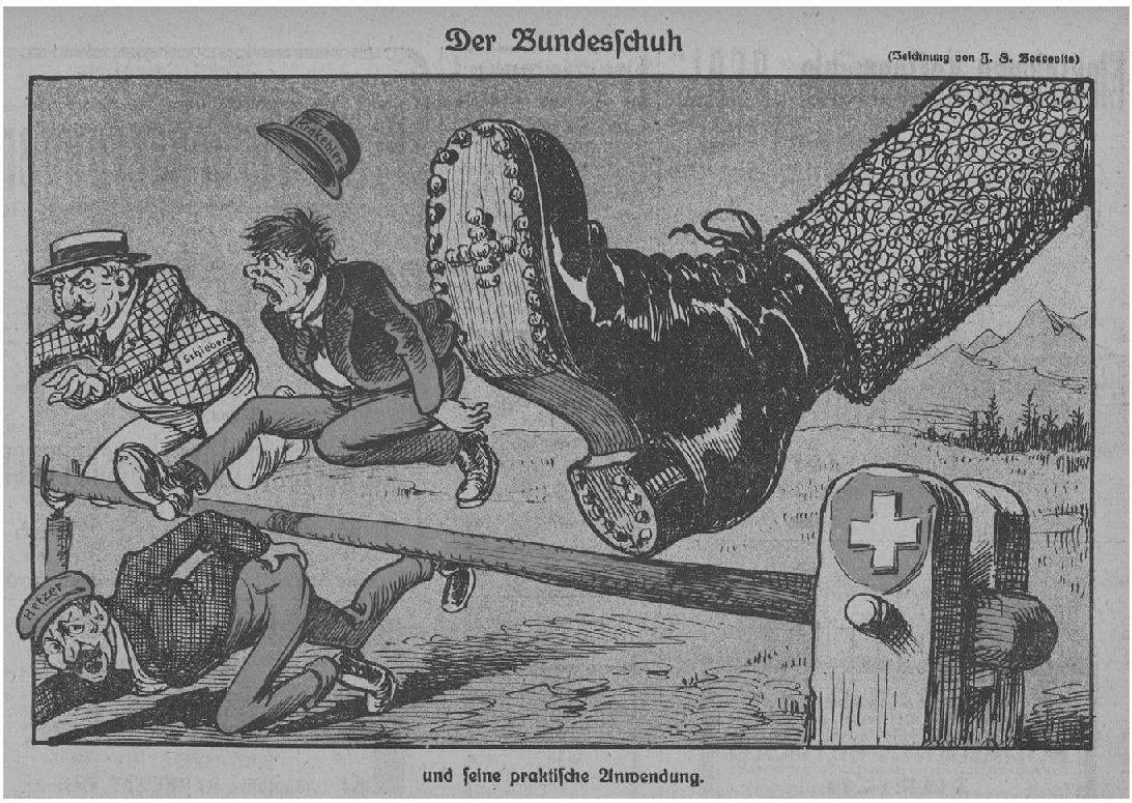

Abbildung 2. «Der Bundesschuh und seine praktische Anwendung», 1918.[38]

Zweitens verfolgte das Volkswirtschaftsdepartement jenseits des Zusatznutzens der Teuerungs- und Wucherbekämpfung weitere Ziele. Wahrgenommen und humoristisch verarbeitet hat diese der *Nebelspalter*. Mit der Volksschuh-Aktion beschäftigte sich der in Budapest geborene und zu den Gründern des Wochenblatts zählende Julius Friedrich Boscovits (Senior).[39] Mit den Stilmitteln der Reduktion, Verzerrung, Überzeichnung und Formverdichtung schuf er drei Karikaturen, wovon die dritte, im März 1918 publizierte, am interessantesten ist.[40] Boscovits entlarvte hierbei die verschiedenen praktischen Anwendungsfelder des Volks-

38 Zentralbibliothek Zürich, XXN 12: as 1918, Julius Friedrich Boscovits, «Der Bundesschuh und seine praktische Anwendung», in: *Nebelspalter* 44 (1918), Nr. 11.

39 Heini Waser, «Erinnerungen an Fritz Boscovits (1871 bis 1965)», in: *Zolliker Jahrheft* (1988), S. 34–42, hier S. 36.

40 Julius Friedrich Boscovits, «Der Volksschuh», in: *Nebelspalter* 43 (1917), Nr. 51; ders., «Der Einheitsschuh», in: *Nebelspalter* 43 (1917), Nr. 52; ders., «Der Bundesschuh und seine praktische Anwendung», in: *Nebelspalter* 44 (1918), Nr. 11. Zur pressehistorischen Ausrichtung, Auflagenzahl und Leserreichweite siehe Marco Ratschiller, *Bedrohte Schweiz. Nationale Selbstbilder, Fremdbilder und Feindbilder in der «Nebelspalter»-Karikatur des 20. Jahrhunderts. Eine semiotische Untersuchung* (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit der Universität Freiburg), Freiburg 2004 und die darin zitierte Literatur. Mit der Gattung der Modekarikaturen setzt sich Gundula Wolter, «Verdammt, verlacht, verspottet – Schand- und Zerrbilder der Mode», in: Adelheid Rasche, Gundula Wolter

schuhs. Im Zentrum seiner in deutscher Tradition gehaltenen Karikatur steht ein realitätstreu nachempfundener Volksschuh. Die Nagelbeschläge, welche das nur in geringen Mengen verarbeitete Bodenleder vor Abnützung schützen sollten, sind zum eidgenössischen Hoheitszeichen umgruppiert. Durch diesen zeichnerischen Kniff machte der Karikaturist deutlich, dass es sich beim Träger um ein Behördenmitglied, vielleicht gar um Bundesrat Edmund Schulthess persönlich,[41] handelte und dieser die gemeinwirtschaftlich produzierten Volksschuhe verantwortete. Bildlich tritt der «Bundesschuh» nach drei männlichen Gestalten und weist sie sprichwörtlich in die Schranken. Der Karikaturist etikettierte diese als «Schieber», «Hetzer» und «Krakehler». Auf der Grundlage von Kommissions- und Untersuchungsprotokollen zur Volksschuh-Zentrale AG sollen die drei personifizierten Anwendungsfelder nachfolgend genauer rekonstruiert werden.

Wider den «Schieber». Das Volkswirtschaftsdepartement schenkte den gegen die Schuhwirtschaft erhobenen Wuchervorwürfen lange Zeit wenig Beachtung und beliess es bei moderaten Verfügungen betreffend Häute, Felle und Leder.[42] Das Departement vertraute auf die Marktmacht und die daraus erwachsene kriegswirtschaftliche Verantwortung der C.F. Bally AG.[43] In den 1870er Jahren zum Branchenprimus aufgestiegen, kontrollierte das in Schönenwerd domizilierte Grossunternehmen die gesamte Wertschöpfungskette im Schuhmarkt. Hatte Bally

(Hg.), *Ridikül!: Mode in der Karikatur, 1600 bis 1900,* Berlin/Köln 2003, S. 18–38 auseinander.

41 Oftmals wurde Bundesrat Schulthess in der Öffentlichkeit persönlich für die kriegswirtschaftlichen Einschränkungen verantwortlich gemacht. Walter Stucki, von 1917 bis 1919 Generalsekretär des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, gibt die Kritik am «Mann aus Bern» wie folgt wieder: «Freilich: alle Entrüstung, aller Unmut und Hass konzentrierte sich auf den Namen, der unter all diesen tief in das Leben, das Geschäft, die Freiheit eingreifenden Verfügungen stand. Er hat das Schicksal, für restlose Hingabe an Land und Volk, für eine fast übermenschliche Leistung mit Verdächtigungen und Dreck belohnt zu werden, still und mannhaft getragen.» Walter Stucki, «25 Jahre schweizerische Aussenhandelspolitik», in: Edmund Schulthess (Hg.), *Festgabe für Bundesrat Edmund Schulthess zum siebzigsten Geburtstag am 2. März 1938. Dargebracht von Freunden und Mitarbeitern,* Zürich 1938, S. 123–143, hier S. 127.

42 P. Zahner, *op. cit.*, S. VI–VIII.

43 Vgl. dazu BALLYANA, E. Bally, *op. cit.*, Bd. 1, S. 534, der wie folgt bekannte: «Wir als die führende Firma werden als der Regulator angesehen und von uns [wird] erwartet, dass wir von der Lage in den Preisen für die Schweiz nicht profitieren und die übrigen Industriellen sind gewohnt, sich nach unserm Preiscourant zu richten, denn in normalen Zeiten können sie ja nur verkaufen, wenn sie billiger oder wenigstens nicht teurer sind als wir.» An die Verantwortung der Grossunternehmen appellierte auch Konrad Falke: «Vom sozialen Schamgefühl», in: *NZZ,* 28.4.1918, Nr. 558: «Dieser Charakterzug [Selbsterhaltungstrieb] tritt bei den mächtigen Gesellschaften, die mit ihren Millionen bedeutende Gebiete unseres Wirtschaftslebens beschlagen, im grossen Massstabe auf und wirkt um so abstossender, weil es gerade in der Macht des grossen Unternehmers steht, den Markt, wenn er will, günstig zu beeinflussen.»

vor dem Krieg seine Waren hauptsächlich nach Frankreich und in das Britische Empire abgesetzt, investierte es daraufhin in die binnenmarktlichen Absatzstrukturen und hielt am Kriegsende Beteiligungen an 18 Detailgeschäften.[44] Für jedes Kriegsjahr entfielen von den in der Schweiz fakturierten Schuhen zwischen 43 und 58 Prozent auf Bally.[45] Die Preisaufschläge des Sommers 1917 wurden von der Öffentlichkeit deshalb vor allem dem Schönenwerder Unternehmen angelastet. Dazu kam, dass das Volkswirtschaftsdepartement die vom Ledermarkt herrührenden Preisaufschläge vorab gemeldet haben wollte, was 1917 vonseiten des Schuhindustriellen-Verbandes zwei Mal unterblieben war.[46] Anlässlich der Bekanntgabe der Volksschuh-Aktion rechtfertigte sich Bally neben einem klärenden Artikel in der *NZZ*[47] mit der Broschüre *Ursachen der Schuhteuerung*[48]. Auf 22 Seiten wurde die Öffentlichkeit über kriegsbedingte Aufschläge auf dem Rohmaterialmarkt und in den Transportspesen unterrichtet. Die Auswirkungen buchhalterischer Kostengrössen und die nach Produzent, Grossist und Detaillist aufgeschlüsselten Gewinnmargen wurden ebenso angesprochen wie die unternehmerische Arbeitsfürsorge- und Dividendenpolitik. Entsprechend dem Untertitel war die Broschüre als *Leichtfassliche Darstellung* gehalten, so dass graphische Schlachtvieh- und Einfranken-Balken in den Lauftext eingelassen wurden. Diese publizistischen Bemühungen um die Angemessenheit der Schuhpreisaufschläge verpufften umgehend, als die Schuhfabriken im Frühjahr 1918 ihre aktuellen Geschäftsergebnisse veröffentlichten.

Einen veritablen, von vielen Zeitungen aufgegriffenen Skandal verursachte die vergleichsweise kleine Brittnau Schuhfabrik AG, die vom liberalen *Luzerner Tagblatt* mit folgendem Vorwurf bedacht wurde: «Und solche geradezu unmoralische Geschäftsgewinne sollen nicht in weitesten Kreisen Erbitterung erregen? Diese Zahlen bedeuten eine unerhörte Provokation und sind geeignet, das Vertrauen in die staatlichen Massnahmen vollständig zu erschüttern. Gibt es denn wirklich kein Mittel, um das Volk vor solcher Ausbeutung zu schützen?»[49] Bei einem

44 BALLYANA, E. Bally, *op. cit.*, Bd. 1, S. 1149.
45 Eigene Berechnungen auf der Grundlage von BALLYANA, E. Bally, *op. cit.*, Bd. 2, S. 1229; 1331.
46 P. Zahner, *op. cit.*, S. 126.
47 O.A., «Ueber die Schuhpreise», in: *NZZ*, 6.10.1917, Nr. 1863.
48 BALLYANA, Broschüre «Ursache der Schuhteuerung. Leichtfassliche Darstellung», Dezember 1917.
49 *Luzerner Tagblatt*, 4.3.1918, zit. nach BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Schuhe: Dossier Brittnau (Kalkulation), Dossier «Bericht und Strafantrag betreffend die Schuhpreis-Uebersetzungen der Schuhfabrik Brittnau AG in Brittnau», 6.3.1919.

nominellen Aktienkapital von 36 000 Schweizer Franken hatte Brittnau einen Reingewinn von 463 000 Schweizer Franken ausgewiesen. Diese Kennzahl ist einerseits damit zu erklären, dass die Schuhfabrik das Aktienkapital infolge der von 1905 bis 1912 erlittenen Verluste auf einen Zehntel herabsetzen musste; anderseits wies der Verwaltungsrat die Direktion an, die Konjunktur «rücksichtlos auszunützen». Warum der Gewinn nicht in den stillen Reserven versteckt wurde,[50] warum nicht einmal die gesetzlich, statutarisch und kommerziell notwendigen Abschreibungen und Rückstellungen gebildet wurden, lässt sich aus den Unterlagen nicht herauslesen. Eine Untersuchungskommission sprach die vier Verwaltungsräte der Schuhfabrik Brittnau AG der «vorsätzlichen wiederholten Zuwiderhandlung» gegen die Schuhpreisbestimmungen schuldig und büsste sie mit dem Maximalbetrag von jeweils 20 000 Schweizer Franken.[51] Durch diesen Skandal wurde die Schuhbranche definitiv zum Inbegriff des Kriegswucherers und Kriegsgewinnlers, worauf das Volkswirtschaftsdepartement mit verschärften Kontrollen reagierte. Am 21. Juni 1918 erliess es ein die Volksschuh-Aktion begleitendes «ständiges Preiskontrollsystem».[52] Sachverständige aus verwandten Branchen und Treuhandstellen wurden beauftragt, die Preisaufschläge auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Ausserdem befasste sich im Herbst 1918 eine interparlamentarische Kommission mit der Schuhpreisfrage.[53] Abschliessend lässt sich hier festhalten, dass das Volkswirtschaftsdepartement die Volksschuh-Aktion zum Anlass nahm, systematisch Wissen über die Kalkulationstechniken der Schuhwirtschaft zu sammeln und aufzubereiten.

Wider den «Hetzer». In spontanen oder von der politischen Linken koordinierten Protestaktionen wurde die verfehlte kriegswirtschaftliche Versorgungspolitik seit 1916 vermehrt angeklagt. Den weiblichen 'Konsumexpertinnen' kam dabei ein aktiver Part zu, Konsum wurde aus der Privatsphäre befreit und politisch aufgeladen. Wie die historischen Studien zur Lebensmittelversorgung und zu den Hungerprotesten herausgearbeitet haben,[54] geschah dies in den Städten Zürich, Bern, Basel,

50 Zur «Demoralisierung der Geschäftsbilanzen» und den methodischen Schwierigkeiten, die mit der Erhebung und Bewertung von Unternehmensgewinnen in Kriegszeiten verbunden sind, siehe R. Rossfeld, T. Straumann, *op. cit.*, S. 50–53.

51 BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Schuhe: Dossier Brittnau (Kalkulation), «Bericht und Strafantrag betreffend die Schuhpreis-Uebersetzungen der Schuhfabrik Brittnau AG in Brittnau», 6.3.1919.

52 H. Mühlemann, *op. cit.*, S. 191.

53 H. Mühlemann, *op. cit.*, S. 192.

54 Klassisch hierzu Belinda Davis, *Home fires burning. Food, politics, and everyday life in World War I Berlin,* Chapel Hill 2000. Für die Schweiz sind folgende Untersuchungen zu erwähnen: Annette Frei, *Rote Patriarchen. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation*

Biel, La Chaux-de-Fonds und Genf und war auf ebenso zentrale wie symbolträchtige Örtlichkeiten konzentriert. Einer im August 1916 verfassten *Resolution zur Teuerungsfrage* ist zu entnehmen, dass der Druck von der Strasse nur ein Element einer «allgemeinen Bewegung» bilden sollte. Die hinter der Resolution stehenden kantonalen sozialdemokratischen Parteien, der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), die Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes sowie die Notstandskommission der schweizerischen Arbeiterschaft, des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes und der lokalen Arbeiterunionen drängten zudem auf die «angemessene Vertretung der Arbeiterschaft» in Kommissionen und Gremien.[55] Vermutlich dank dieser Tatsache wurde die Volksschuh-Zentrale AG bei der schweizerischen Notstandskommission vorstellig. Von den gemeinsam abgehaltenen Sitzungen und dem dadurch signalisierten Kooperationswillen versprach sich das Volkswirtschaftsdepartement eine Beschwichtigung der mobilisierten Linken. Emil Düby, Gewerkschafts-, SPS- und Nationalrats-Mitglied forderte in einer Sitzung im Februar 1918 allerdings Zugeständnisse: «Man habe viel zu viel Rücksicht genommen auf die Fabrikanten. Es werde dies dazu beitragen, die Missstimmung im Volk zu erhöhen, umsomehr, als gegenwärtig eine ausserordentlich schwühle Stimmung vorhanden sei und die Behörden allen Anlass hätten, diesem Punkte Aufmerksamkeit zu schenken. Man sei nun einmal nicht mehr gewillt, sich länger zu gedulden. Wie fast alle übrigen Massnahmen des Bundesrates, sei auch die Volksschuhangelegenheit nicht richtig und namentlich nicht im Interesse der Arbeiterschaft durchgeführt worden.»[56] Auch die sozialdemokratische *Berner Tagwacht* war eine wachsam-kritische Kommentatorin der gemeinwirtschaftlich organisierten Bedarfsartikelbewirtschaftung.[57] Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass die Einbindung der Resolutionsunterzeichner nicht ge-

in der Schweiz um 1900, Zürich 1987; Regula Pfeifer, «Frauen und Protest. Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916», in: Albert Tanner, Anne-Lise Head-König (Hg.), *Frauen in der Stadt,* Zürich 1993, S. 93–109; Stefanie Eichenberger, «Wie da der Hunger und die Not an der Schwelle steht». Hunger in der öffentlich-medialen Diskussion der Arbeiterinnen in Zürich während des Ersten Weltkrieges (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit der Universität Zürich), Zürich 2003; Béatrice Ziegler, *Arbeit – Körper – Öffentlichkeit. Berner und Bieler Frauen zwischen Diskurs und Alltag (1919–1945),* Zürich 2007.

55 SOZARCH, KS 338/343, Preise, Teuerung, Lebenshaltungskosten: Schweiz, 1914–1919, Broschüre «Resolution zur Teuerungsfrage», 6.8.1916.

56 BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 68f., 11. Sektion Lederindustrie d) Volksschuh-Zentrale: Korrespondenzen, Berichte, Protokolle, «Bericht über die Sitzung der schweizerischen Notstandskommission», 29.2.1918.

57 Exemplarisch siehe o.A., «Ein grosskapitalistisches Unternehmen», in: *Berner Tagwacht,* 18.11.1919; o.A., Eine Frühjahrsoffensive?, in: *Berner Tagwacht,* 20.6.1921.

lang. Vom Volksschuh war die SPS rundweg enttäuscht und führte ihn als eines der fehlgeschlagenen «administrativen Versorgungsversprechen»[58] an. Anlässlich der eidgenössischen Parlamentswahlen vom Oktober 1919 diente der Volksschuh gar der Mobilisierung der eigenen Wählerbasis. In der Broschüre *Herunter mit den Preisen!* stand: «Der Bund hat das Volksschuhunternehmen den Detaillisten ausgeliefert. Es hat elend Fiasko gemacht. Die Händler haben durch allerlei geriebene Kniffe verstanden, als Engelmacherinnen dies Kind ins Jenseits zu befördern.» Einige Zeilen weiter erfolgte die Aufforderung: «Am 25. und 26. Oktober 1919 denken wir daran, dass Wahltag Zahltag ist! Da rechnen wir ab: mit den Verteurern unserer Lebenshaltung.»[59]

Wider den «Krakehler». Einer Deutung am schwierigsten zugänglich ist Boscovits Gestalt des Krakehlers, die Grimms Wörterbuch zufolge mit Zänker respektive Streitsuchender übersetzt werden kann.[60] Vorangestellt werden muss hier die Prämisse, dass Konsum nicht allein ein ökonomischer oder politischer, sondern auch ein moralischer Akt war und ist.[61] Bereits in Friedenszeiten wurde Konsum als ebenso wichtig wie frivol erachtet: Wichtig war er, weil die Konsumenten mit ihren Konsumausgaben Arbeitslöhne und Unternehmergewinne speisten. Frivol war er, weil er von binären Unterscheidungen nach dem Muster 'produktiv'/'unproduktiv', 'rational'/'irrational' und 'notwendig'/'luxuriös' durchsetzt war. In den Diskussionen um den Volksschuh wurde kritisiert, dass dieser nicht allein für die schützende Umhüllung der Füsse, sondern auch für die Betonung des individuellen Charakters und des sozialen Status gekauft würde. Vor allem die grosse Nachfrage nach modischen Schuhen wurde mit Empörung zur Kenntnis genommen. Schuhe, so stellte sich mit aller Deutlichkeit heraus, gehörten ebenso zum starren wie zum elastischen Bedarf. Des Weiteren störten sich die Kommissionsmitglieder daran, dass die notleidenden Arbeiter dem Volksschuh ablehnend gegenüberstanden. Gemäss einer nach dem Kriterium des Berufs aufgeschlüsselten Bezugsstatistik der Volksschuh-Zentrale AG kamen Arbeiter mit 11,7% an fünfter Stelle zu liegen und rangierten damit hinter den Beamten und Angestellten (18,9%), Landwirten (16,3%),

58 Claudius Torp, *Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert,* Göttingen 2012, S. 41.

59 SOZARCH, KS 338/343, Preise, Teuerung, Lebenshaltungskosten: Schweiz, 1914–1919, Broschüre «Herunter mit den Preisen!», 1919.

60 O.A., «Krakeeler», in: Jacob Grimm, Wilhelm Grimm, *Deutsches Wörterbuch,* Bd. 11, München 1984, Sp. 1978.

61 Vgl. Matthew Hilton, Martin Daunton, «Material politics. An introduction», in: Dies. (Hg.), *The politics of consumption. Material culture and citizenship in Europe and America,* Oxford 2001, S. 1–32, hier S. 14–18.

Schülern und Studierenden (16,2%) sowie den Angehörigen des Kleingewerbes (14,2%).[62] Im Februar 1918 brachte der katholisch-konservative Nationalrat August Kurer in der Sitzung mit der Notstandskommission folgenden Interventionsbeitrag ein: «Die ganze Volksschuhangelegenheit dürfe nicht von der Lust oder Unlust des Volkes abhängig gemacht werden, man solle das Volk nicht nach seinen Schwächen nehmen, sondern wenn nun einmal der Zwang zur Normierung da sei, müsse dem grossen wirtschaftlichen Gedanken trotz den kleinen Wünschen des Volks im Interesse der gesamten Bevölkerung nachgelebt werden.»[63] In Zeiten des kriegswirtschaftlichen Mangels wollte Kurer die freie Schuhwahl beendet sehen. Es war dies eine Forderung, wie sie Walther Rathenau, Organisator der frühen deutschen Kriegswirtschaft, in seiner 1917 erschienenen Schrift *Von kommenden Dingen* ungleich prominenter und umfassender formulierte: «Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherem Masse die Nation, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit und Menschheit.»[64] Mit der Volksschuh-Aktion, so kann hier abschliessend festgehalten werden, stiess das Volkswirtschaftsdepartement in das Feld der Konsumlenkung und -hierarchisierung vor.

Das Volkstuch und die «eidgenössische Kompensationspolitik»

Die Bewirtschaftung dieser unternehmens-, sozial- und konsumpolitischen Anwendungsfelder des Volksschuhs trug dem Volkswirtschaftsdepartement vielfältige Erfahrungs- und Wissensbestände ein. Die schweizerische Kriegswirtschaft endete nicht mit den Waffenstillstandsabkommen zwischen der Entente und den Zentralmächten. In Rechnung zu stellen ist die störungsanfällige Übergangswirtschaft, die Roman Rossfeld und Tobias Straumann als Phase 4 (1918 bis 1921) und 5 (1922 bis 1923) eines wirtschaftshistorisch fundierten Periodisierungsmodells des Ersten Weltkrieges beschrieben haben.[65] Fragen der Periodisierung fallen insofern ins Gewicht, als mit den implizit oder explizit gewählten Untersuchungszeiträumen je eigene Charakterisierungen und

62 SWA, H+I Bb 16, Verkaufsstatistik, 9.7.1918.
63 BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 68f., 11. Sektion Lederindustrie d) Volksschuh-Zentrale: Korrespondenzen, Berichte, Protokolle, Protokoll der «Sitzung über Schuhpreisregulierung und Volksschuh», 19.2.1918.
64 Walther Rathenau, *Von kommenden Dingen,* Berlin 1917, S. 90. Zur Einbettung siehe C. Torp, *op. cit.*, S. 49–51.
65 R. Rossfeld, T. Straumann, *op. cit.*, S. 23–28.

Bewertungen zusammenfallen können. In Phase 4 des kriegswirtschaftlichen Periodisierungsmodells fällt der langwierige und beschwerliche Abbau der Notverordnungen. In ebendieser Phase leiteten die Behörden die Neuversorgung mit Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln und ledernen wie textilen Bedarfsartikeln in die Wege. Mit Blick auf die Bedarfsartikelbewirtschaftung sind zwei Begebenheiten anzuführen, die das Wirken von Bundesrat Schulthess und seinen Mitstreitern in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Erstens lenkte das Volkswirtschaftsdepartement ihre mit der Volksschuh-Aktion gewonnenen Erfahrungen[66] auf ein neues Betätigungsfeld um: die Versorgung mit textilen Bekleidungsartikeln in guter Qualität und zu kleinen Preisen. Eine im März 1918 an die Wollzentrale adressierte Anfrage[67] hinsichtlich der textilen Landesversorgung nutzte das Volkswirtschaftsdepartement, um gegen die Knappheit und Teuerung vorzugehen. Am 26. November 1918 hielt die Volkstuch AG ihre konstituierende Sitzung ab. Die im Verein schweizerischer Wollindustrieller respektive im Schweizerischen Spinner-, Zwirner- und Weber-Verein zusammengeschlossenen Fabrikanten wurden verpflichtet, die Volkstuch AG mit Stoff- und Konfektionsartikeln zum Selbstkostenpreis zu beliefern. Anfänglich waren Artikel für Männer vorgesehen, in der Folge kamen Damenstoffe, Herrenkonfektion und Baumwollartikel in verschiedenen Qualitäten und Ausführungen dazu,[68] von denen die reinwollenen und in einem höheren Preissegment angesiedelten Artikel regen Absatz fanden. Die spärlichen Archivmaterialien erlauben es nicht, das Sortiment und seine Entwicklung genauer zu beschreiben. Mit Hilfe von Gemeindevertriebsstellen wurde der angestammte und passiven Widerstand leistende Detailhandel in Zürich, Bern, Basel, Genf, Lausanne, Neuenburg, La Chaux-de-Fonds, Biel, Solothurn, Schaffhausen, Winterthur und St. Gallen konkurrenziert. Im Gegensatz zu den als 'Arme-Leute-Schuhe' wahrgenommenen Volksschuhen wurden die Volkstuch-Artikel nach allen Regeln der kommerziellen Absatzlehre aufgewertet. In Annoncen wurde beispielsweise versichert, keine

66 BAR, E 7350 1000/1104, BD: 45f., 2. Sektion für Textil- und Luxusindustrie, c) Volkstuch AG, Luzern (Volkstuchaktion), Dossier «Gutachten über die Zweckmässigkeit behördlicher Massnahmen bei der Herstellung und dem Import und Handel in Herren- & Damenkleiderstoffen», 27.5.1918.

67 BAR, E 7350 1000/1104, BD: 45f., 2. Sektion für Textil- und Luxusindustrie, c) Volkstuch AG, Luzern (Volkstuchaktion), Dossier «Gutachten über die Zweckmässigkeit behördlicher Massnahmen bei der Herstellung und dem Import und Handel in Herren- & Damenkleiderstoffen», 27.5.1918.

68 SOZARCH, KS 338/344, Preise, Teuerung, Lebenshaltungskosten: Schweiz 1920–1929, Annonce «Volkstuch. Zur Beachtung!», 27.11.1920.

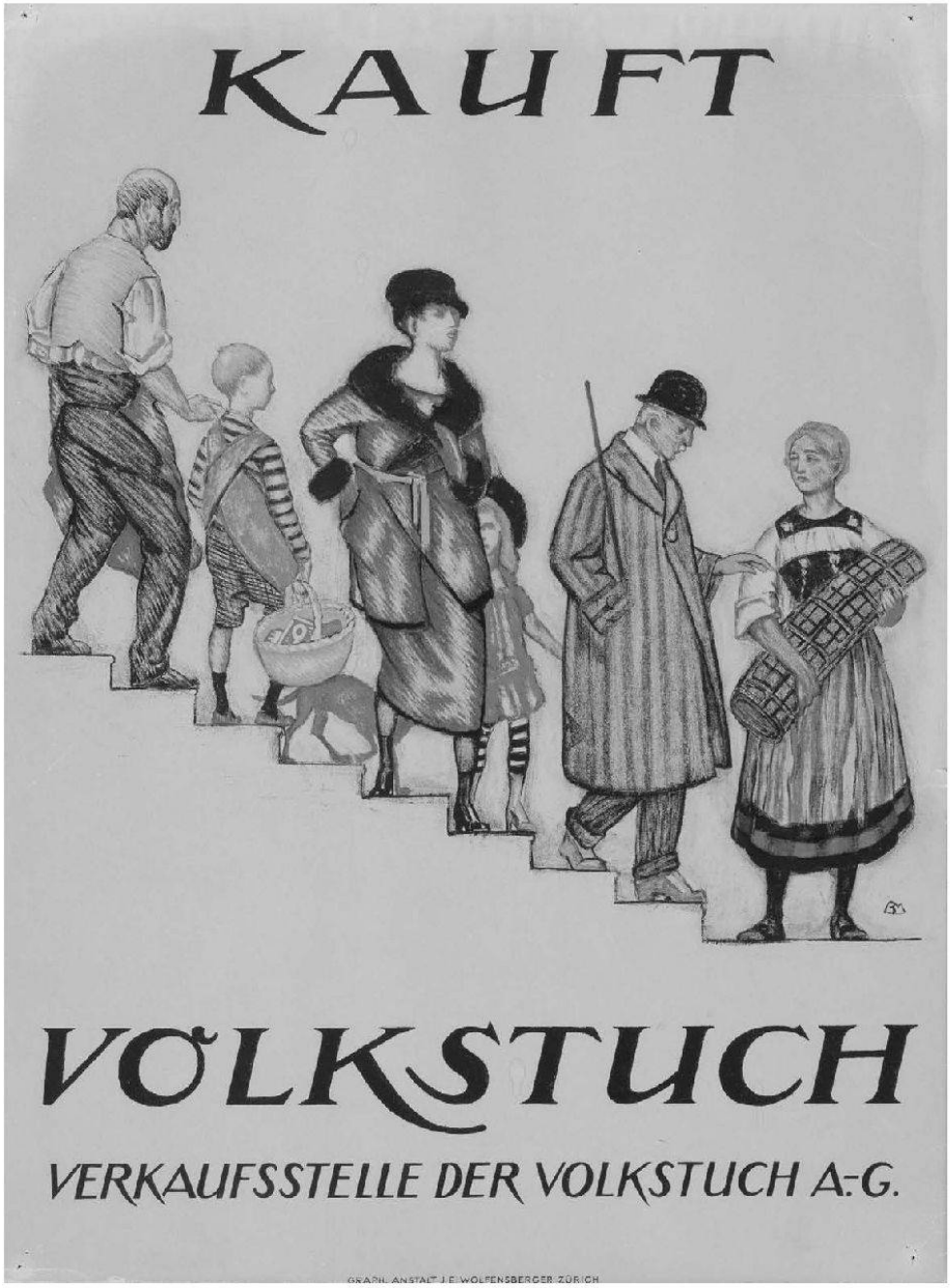

Abbildung 3. Plakat Volkstuch AG, 1920.[70]

«Uniformierung»[69] anzustreben; und durch ein von Burkhard Mangold entworfenes Plakat wurde diese schriftliche Verlautbarung untermalt.

69 Aus theoretischer Perspektive geht Gabriele Mentges, «Die Angst vor der Uniformität», in: Dies., Birgit Richard (Hg.), *Schönheit der Uniformität. Körper, Kleidung, Medien,* Frankfurt a.M./New York 2005, S. 17–42 Uniformierungsprozessen nach.

70 Museum für Gestaltung Zürich, Plakatsammlung, K-0799, Burkhard Mangold, «Kauft Volkstuch – Verkaufsstelle der Volkstuch A.-G.», 1920.

Dass diese Massnahmen anschlugen, zeigte sich unter anderem in einer Anfrage beim Amt für geistiges Eigentum um die Schutzfähigkeit der Bezeichnung Volkstuch.[71] Die durch den Landesgeneralstreik akzentuierten ungleichen Konsummöglichkeiten und die innenpolitischen Verwerfungen wurden konsumpolitisch abgemildert. Der von Arbeitern, Angestellten und Bauern eingeforderten Teilhabe am gestiegenen Konsumniveau der Industriegesellschaft wurde durch die Volkstuch-Aktion indirekt entsprochen, was von der politischen Linken wohlwollend registriert wurde.[72] Festzuhalten bleibt, dass die hier beschriebenen Aktivitäten der Volkstuch AG zwar im unmittelbaren Anschluss an die Volksschuh-Aktion aufgenommen wurden, deren organisatorische und kommerzielle Neuerungen aber frappant ausfielen. Die Lernkurve des Volkswirtschaftsdepartements erschien aus der Warte mancher Wirtschaftsverbände als derart steil, dass sie zu intervenieren begannen. Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins tat dies aus prinzipiellen Überlegungen gegen gemeinwirtschaftliche Bestrebungen sowie auf das Drängen der dem Produktionszwang unterworfenen Verbände hin.[73] Mittelstandsvertreter sahen in den kommunalen Vertriebsstellen kurzfristig unliebsame Konkurrenten und den langfristigen Versuch, den Zwischenhandel gänzlich auszuschalten.[74] Die über Stimmrecht verfügenden privatwirtschaftlichen Aktionäre der Volkstuch AG riefen eine ausserordentliche Generalversammlung zum Zweck der Liquidation ein. Dem mit 3,5 Millionen Schweizer Franken investierten Bund gelang es gerade noch, einen Verkauf der Volkstuch-Bestände in die Wege zu leiten. 1922 übernahm dann der Luzerner Kaufmann Adrian Schild dieselben und brachte sie via die Tuch AG in den Verkauf.[75]

Neben der Neuversorgung nutzte das Volkswirtschaftsdepartement *zweitens* den Abbau der Notverordnungen für symbolische und mate-

71 BAR, E 7350 1000/1104, BD: 45f. 2. Sektion für Textil- und Luxusindustrie, c) Volkstuch AG, Luzern (Volkstuchaktion), Schreiben «Schweizerisches Amt für geistiges Eigentum an das Generalsekretariat des eidg. Volkswirtschaftsdepartements», 18.2.1920.

72 Exemplarisch siehe G. von Schulthess, *op. cit.*, S. 18f., SOZARCH, KS 338/343, Preise, Teuerung, Lebenshaltungskosten: Schweiz 1914–1919, Broschüre «Herunter mit den Preisen!», 1919.

73 BAR, E 7350 1000/1104, BD: 45f., 2. Sektion für Textil- und Luxusindustrie, c) Volkstuch AG, Luzern (Volkstuchaktion), Schreiben «Vorort an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement», 31.3.1920.

74 O.A., «Der schweizerische Textilhandel und die Volkstuch-Aktiengesellschaft», in: *Der kaufmännische Mittelstand* 11 (1920), Nr. 5, S. 2–4; o.A., «Der freie Handel und das Ende der Volkstuch A.G.», in: *Der kaufmännische Mittelstand* 13 (1922), Nr. 24, S. 3.

75 SWA, H+I Bb 111, Tuch AG – Volkstuch (Modegeschäft/Textil- und Konfektionshandel) – Luzern, 1922–1926.

rielle Widergutmachungen – laut dem Schweizerischen Städteverband kam hier das «'do ut des' der eidgenössischen Kompensationspolitik»[76] zum Tragen. Über die vor allem zu Ende des Krieges vorherrschende «industrielle Gewinnsucht» und das fehlende «soziale Schamgefühl» vieler wirtschaftlicher Verantwortungsträger hatte sich bereits 1918 die *NZZ* befremdet gezeigt. Dem unter dem Pseudonym «Konrad Falke» schreibenden Schriftsteller Karl Frey anerbot sie ihre Spalten für eine Anklage der hohen Konjunktur- und Kriegsgewinne, einem anonymem Industriellen ermöglichte sie eine Entgegnung.[77] Auch mit Blick auf den Skandal der Brittnau Schuhfabrik AG schrieb Falke: «Denjenigen aber, die hierfür die Verantwortung tragen, sollte auf Schritt und Tritt im Salon und auf der Strasse, die deutliche Verachtung aller derer sich entgegenstellen, die noch höher als den Reichtum das Bewusstsein schätzen, über alle Klassenunterschiede hinweg Glieder eines in Not und Gefahr verbundenen Volkes zu sein.» Das Volkswirtschaftsdepartement schaltete sich ebenfalls in diese «eidgenössische Kompensationspolitik» ein. Auf dem schweizerischen Schuhmarkt wurden noch immer Schuhe angeboten, die aus den zu Kriegszeiten kostspielig importierten Lederbeständen gefertigt worden waren. Zu Beginn des Jahres 1919 erreichte der Schuhpreisindex (vgl. Abbildung 1) ein Allzeithoch, was die Konsumenten weiterhin von Schuhkäufen abhielt. Das Volkswirtschaftsdepartement lud deshalb am 4. Juni 1919 zu einer «Abbau-Konferenz», die einen Preisrückgang auf ledernen und textilen Bedarfsartikeln bezwecken sollte. In der Wiedergabe der Pressekonferenz durch die *NZZ* wurde unter anderem der folgende Zusammenhang als handlungsleitend ausgemacht: «Die Behörde ging von dem Grundsatze aus, dass gewisse wirtschaftliche Kreise, die während der Kriegsjahre nicht schlechte Zeiten hatten, nun zugunsten der allgemeinen Volkswirtschaft Opfer bringen müssen, indem sie gewisse Bedarfsartikel herstellen, ohne Gewinn nach Deckung der Selbstkosten und einer gewissen bescheidenen Amortisation. Ferner stellte sich das Departement auf den Standpunkt, dass solche Aktionen besser im Verein mit den Interessenten durchgeführt werden, als dass man sie vom grünen Tisch aus diktiere und mit Hilfe eines Heeres von Polizisten kontrolliere.»[78] Die behördliche

76 G. von Schulthess, *op. cit.*, S. 20.

77 Konrad Falke, «Vom sozialen Schamgefühl», in: *NZZ*, 28.4.1918, Nr. 558. Die anonyme Erwiderung aus Industriellenkreisen folgte umgehend: o.A., «Die andere Seite», in: *NZZ*, 5.5.1918, Nr. 590. Während Konrad Falke die Schuhindustrie im Allgemeinen im Sinn hat, nennt der anonyme Autor die Brittnauer «Schuhaffäre» beim Namen.

78 O.A. «Preisabbau», in: *NZZ*, 14.10.1919, Nr. 1576. Vgl. auch o.A., «Der Preisabbau im Journalistenrapport», in: *Der kaufmännische Mittelstand* 10 (1919), Nr. 10, S. 4.

«Opfer»-Rhetorik ging von einer aus Produzenten und Konsumenten bestehenden Solidargemeinschaft aus. In den «Verein» eingebunden waren die Vertreter der Arbeiterschaft und der Frauenvereine, indem sie in vorberatenden Kommissionen Einsitz nahmen. Bundesrat Schulthess zeigte sich speziell in den Verhandlungsrunden mit der Schuhwirtschaft unnachgiebig und stützte seine Argumentation auf kostenstatistische und kostenvergleichende Zusammenstellungen, die von den Schuhpreisuntersuchungen, Kriegsgewinnsteuererhebungen und auf Anzeige von Konkurrenten hin vorgenommenen Bilanzprüfungen herrührten.[79] Das Volkswirtschaftsdepartement verrechnete kurzerhand den teuerungsbedingten Konsumverzicht mit den wucherischen Unternehmergewinnen. Die von den Schuhindustriellen in Aussicht gestellten «Opfer» in der Höhe von 2 bis 2,5 Millionen Schweizer Franken konnten den Bundesrat nicht dazu bewegen, die noch immer wirksamen kriegswirtschaftlichen Bestimmungen zu beenden. In einem Protokoll hiess es dazu: «Was speziell die Ausfuhrsperre anbelange, so werde diese seinerzeit, d.h. sobald die Schuhindustrie den bestimmten Willen hinsichtlich des von ihr verlangten Entgegenkommens gezeigt hat, aufgehoben werden.»[80] Am Ende einigten sich die Teilnehmer der Preisabbau-Konferenz auf die Produktion von 700 000 Paar Schuhen, welche die Schuhindustriellen teilweise mit finanziellem Verlust zu produzieren hatten. Bally übernahm ein 400 000 Schuhpaare starkes Kontingent und bot dieses in 35 Typen an – «Bally Succès» war die vielsagende Bezeichnung seines in Umlauf gebrachten Kontingents.

Fazit

Ausgehend von der Bewirtschaftung lederner und textiler Bedarfsartikel im Ersten Weltkrieg gilt es abschliessend zwei Überlegungen festzuhalten, die verallgemeinert werden können. Dass gemeinwirtschaftlich produzierte Volksprodukte in die schweizerische Kriegswirtschaft eingespeist wurden, ist auf die als empörend wahrgenommene Gleichzeitigkeit von sozialer Not und unternehmerischer Prosperität zurückzuführen. Eine Erklärung für dieselbe fanden die Zeitgenossen im Kriegswucher. In Zeiten kriegsbedingten Mangels und materieller

79 Exemplarisch siehe BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Dossier Bally (Kalkulation), Bericht über die «Untersuchungen betreffend die Schuhpreise der Firma Bally AG in Schönenwerd, erstattet von Hans Fries und Dr. Richard König», 8.10.1918.

80 BAR, E 7350, 1000/1104, BD: 67, 11. Sektion Lederindustrie, b) Schuhe, Protokoll «Sitzung betreffend Preisabbau für Schuhe», 29.8.1919.

Not würden sich Fabrikanten und Händler zulasten der Konsumenten bereichern und übersetzte industrielle Kriegsgewinne durch drastisch angestiegene Konsumausgaben erwirtschaften. Die kriegswirtschaftliche Solidarität zwischen Unternehmern und Konsumenten sei dadurch einseitig aufgekündigt worden. In einer breiten Öffentlichkeit, die von der *Berner Tagwacht* bis zur *NZZ* reichte, wurde dem Kriegswucher viel Aufmerksamkeit zuteil, der deshalb als eine wirklichkeitsschaffende Kraft einzustufen ist. Wichtig zu sehen ist, dass die mit dem Kriegswucher einhergehende Empörung gleichzeitig auch eine handlungsleitende Kraft war. Vom Sommer 1917 an gab sich das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement interventionsfreudiger, als gemeinhin angenommen wird. Es initiierte und erprobte verschiedene Masse zur Messung respektive Massnahmen zum Einhalt von Preissteigerungen. Bezüglich der ledernen und textilen Bedarfsartikel tat das Volkswirtschaftsdepartement dies zwar in Ermangelung von Erfahrung und Wissen, war aber bestrebt, die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten umgehend auf neue Anwendungsfelder zu übertragen. Hierbei fördert die Gegenüberstellung von Volksschuh- und Volkstuch-Aktionen eine bemerkenswerte behördliche Lernkurve zutage. Das in der Öffentlichkeit vorherrschende negative Urteil kam wohl dadurch zustande, dass Bundesrat Schulthess und seine Mitstreiter zwischen den fundamental divergierenden Erwartungen aufgerieben wurden. Die soziale und politische Desintegration der Jahre 1918/19 konsumpolitisch abzufedern und zugleich die Schuh- und Textilindustrie in eine liberal verfasste Friedenswirtschaft zurückzuführen sprengte die Möglichkeiten der gemeinwirtschaftlich organisierten schweizerischen Kriegswirtschaft.